

Müll, Drogen, Wohnungsmangel – unsere Hauptstadt glitzert, funktioniert aber nicht

Wer in diesen Tagen aus dem Berliner Hauptbahnhof herausschlendert, blickt auf die glitzernden Fassaden des Regierungsviertels mit dem Reichstag über dem, gut sichtbar, schwarz-rot-goldene Fahnen wehen. Willkommen in der Weltstadft im Herzen Europas! Sieht echt gut aus!

Doch gehen Sie mal ein paar Schritte weiter in den Tiergarten oder in die U-Bahnhöfe in Neukölln und Kreuzberg! Da zeigt sich ein anderes Bild von Berlin. Und das ist düster und beunruhigend. Denn die deutsche Hauptstadt ist heute sozial tief gespalten, Obdachlosigkeit, Drogenmissbrauch und eine unübersehbare Vermüllung des öffentlichen Raums, gepaart mit Messergewalt lassen für die Zukunft der Vier-Millionen-Stadt Schlimmes erwarten.

Ja, trotz aller Probleme bleibt Berlin ein Magnet für Gäste aus aller Welt

Im internationalen Ranking der „World’s Best Cities 2026“ hält sich unsere Metropole stabil in den Top 10. Die Kulturszene boomt, und die Wirtschaft – getrieben durch Tech-Startups und große Ansiedlungen im Umland – zeigt sich resilient. Und als politische Zentrale ist Berlin sowieso so präsent wie seit vielen Jahren nicht mehr, was allerdings nicht unbedingt mit einer brillanten Performance der Regierenden zusammenhängt.

Hinter der Fassade der Boomtown aber wächst echte soziale Not

Mehr als 40.000 Menschen haben, offiziellen Zahlen des Senats zufolge, derzeit kein festes Dach über dem Kopf. Und es ist verdammt kalt gerade. Zwar sank die Gewaltdelinquenz im Jahr 2025 leicht, aber die Zahl der Menschen, die ganz unten

angekommen sind, steigt ungebremst. Und Geld zum Verteilen gibt es kaum

Vermüllung überall im Stadtgebiet

Selbst im Regierungsviertel oder im bürgerlichen Nobelstadtteil Zehlendorf sind viele Bürger frustriert über vermüllte Ecken. Die Folge daraus: illegale Müllentsorgung. Um den Unrat einsammeln zu lassen, wendet der klamme Senat jährlich rund zehn Millionen Euro auf. Und was fällt Berliner Politikern dazu noch ein? Na klar, Verbote. Im Oktober startete der Senat eine „*Bußgeld-Offensive*“ : Das Wegwerfen einer Zigarettenskippe kostet nun 100 Euro, das Liegenlassen von Hundekot 55 Euro.

Aber – dit is Berlin – es fehlt in den Bezirken schlicht an Personal, um die hohen Bußgelder auch wirklich durchzusetzen und einzutreiben. Während die BSR nach Silvester Höchstleistungen vollbrachte, bleibt der schleichende Unrat in den Wohnkiesen ein Dauerthema.

Woran das liegt?

Berlin hat seine Wohnungsbauziele im Jahr 2025 erneut verfehlt. Der Leerstand ist extrem niedrig. Wohnungen müssen her! Doch das Milliardenloch im Landeshaushalt zwingt die Wegner-Koalition aus CDU und SPD dazu, den Rotstift anzusetzen, auch da, wo es wehtut. Und das in einem Wahljahr.

Die Obdachlosigkeit in Berlin bis zum Jahr 2030 besiegt zu haben, verspricht man den Bürgern aus dem Roten Rathaus. Wie das gelingen soll, bleibt mir schleierhaft. Gerade, wenn man Berlin nicht nur als repräsentative Kulisse für die Weltpolitik versteht.

Immer wieder Randal: Jetzt macht Bezirk Mitte abends einen Park zu

MITTE – Mehrfach hat es während der Corona-Pandemie im Berliner James-Simon-Park gegenüber der Museumsinsel Auseinandersetzungen zwischen feiernden Besuchern und Polizisten gegeben. Manchmal dauerten sie bis in die Morgenstunden. Damit soll nun Schluss sein. Der Bezirk Mitte greift durch: Der Besuch des Parks ist ab Freitag nach 20 Uhr nicht mehr erlaubt. Wer sich nicht daran hält, riskiere ein Bußgeld, sagte der Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel am Donnerstag.

Der Bezirk erlasse eine entsprechende Allgemeinverfügung, die am Freitag in Kraft treten soll, sagte der Grünen-Politiker. Von Dassel hatte diese Pläne am Mittwochabend auf Twitter angekündigt und dabei auch mitgeteilt, die in den S-Bahnbögen am Park ansässigen Gaststätten seien dringend gebeten worden, keinen Alkohol zum Mitnehmen zu verkaufen. Künftig will der Bezirk außerdem darauf achten, dass das in der Infektionsschutzverordnung festgelegte Alkoholverbot im James-Simon-Park eingehalten wird.

Mehr Streifen im Park

Von Dassel kündigte an, das Bezirksamt werde mehrere Streifen zu Kontrollen in den Park schicken. Sie sollen nicht erst um 20 Uhr dort aufkreuzen, sondern Besucher bereits vorher auf die neuen Regeln hinweisen. «Je voller und je aggressiver es wird, umso mehr muss durch Polizei ergänzt werden», sagte von Dassel. Wer nach 20 Uhr noch im Park angetroffen werde, müsse mit einem Bußgeld ab 25 Euro rechnen. Je nach Schwere des Delikts könne es aber auch deutlich höher ausfallen. Eine Umzäunung sei zunächst nicht geplant.

Erst am vergangenen Wochenende wurden Polizisten mit Flaschen

und Steinen beworfen. In dem kleinen Park, in dem sich zeitweise rund 2500 Besucher drängten, wurden in der Nacht zum Sonntag 19 Polizisten verletzt.

Vorbilder in Frankreich und England

Berlin folgt damit dem Beispiel anderer europäischer Länder. In Frankreich etwa sind viele Parks generell nachts nicht zugänglich, andere waren in der Corona-Pandemie zwischenzeitlich ganz geschlossen. In England sind Parks häufig umzäunt und werden nach Sonnenuntergang abgeschlossen. In der Corona-Pandemie, in der viele Stadtbewohner ihre Grünflächen neu schätzen lernten, gab es mehrere «Respect Your Local Park»-Kampagnen, die dazu aufriefen, Müll mitzunehmen und sich anderen gegenüber respektvoll zu verhalten.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Ankündigung des Bezirks grundsätzlich begrüßt. Berlins CDU-Fraktionschef Burkard Dregger hingegen zeigte sich skeptisch. «Wir warnen vor unüberlegten Schnellschüssen im James-Simon-Park», sagte er der Deutschen Presse-Agentur. «Wie viele Grünanlagen will Herr von Dassel noch sperren, in die Party-Besucher dann abwandern könnten?»